

Zeitschrift: Schweizerisches Archiv für Volkskunde = Archives suisses des traditions populaires

Herausgeber: Empirische Kulturwissenschaft Schweiz

Band: 115 (2019)

Heft: 1

Artikel: Wenn ein Dorf seine Stadt plant : eine Untersuchung Spreitenbachs

Autor: Egli, Cécile Yoko

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-842280>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wenn ein Dorf seine Stadt plant

Eine Untersuchung Spreitenbachs

CÉCILE YOKO EGLI

Abstract

Die Aargauer Gemeinde Spreitenbach ist heute bekannt für Hochhäuser, Einkaufszentren und einen hohen Ausländer*innenanteil. Geprägt von einem Bauboom, der nun rund fünfzig Jahre zurückliegt, blickt Spreitenbach heute in eine neue Zukunft. Dieser Beitrag zeigt die Denkmuster, Wertvorstellungen und Handlungsroutinen zweier Akteure im Rahmen der derzeitigen Planungen auf. Im Zusammenspiel mit den Planungsprozessen und den lokalspezifischen Faktoren wird die Diskrepanz zwischen den beiden Akteuren deutlich. Der fehlende Konsens in Bezug auf ihre Vorstellungen und Erwartungen führt zu einer Verschiebung des Aushandlungsorts der Partizipation.

Spreitenbach – eine Gemeinde im Limmattal

Unmittelbar an der Grenze zum Kanton Zürich liegt in der Ebene zwischen dem Heitersberg und dem Fluss Limmat die Aargauer Gemeinde Spreitenbach. Ihr heutiges Ortsbild ist das Resultat einer ereignisreichen Vergangenheit, geprägt von wiederholten Zusammenstößen zwischen Politik, einer Vision und der örtlichen Mentalität.¹ Kaum eine andere Gemeinde ist in der Schweiz aufgrund ihrer räumlichen Entwicklung so bekannt wie diese. Überzeugt von den Ideen eines jungen Zonenplaners bewilligte die Gemeinde in den 1960er- bis Mitte der 1970er-Jahre den Bau mehrerer Hochhäuser und eines Einkaufszentrums – ganz nach amerikanischem Vorbild.² Während dieser Zeit wuchs Spreitenbach von einem Bauerndorf, das 1953 noch 1230 Einwohner*innen zählte, zu einer Gemeinde mit

- 1 Das Buch Ortsbürgergemeinde Spreitenbach (Hg.): Spreitenbach. Spreitenbach 2000, erzählt, basierend auf Gemeindeprotokollen, Zeitungsberichten sowie weiteren Quellen und Literatur, die Ereignisse der Vergangenheit von der Urgeschichte Spreitenbachs bis ins Jahr 2000 sehr detailliert und ausführlich.
- 2 Vgl. Steigmeier, Andreas: Shopping-Boom: Spreitenbach zwischen 1950 und 2000. In: Ortsbürgergemeinde Spreitenbach (Hg.): Spreitenbach. Spreitenbach 2000, S. 259–334, hier S. 279 f., 298 f.

einer Bevölkerungszahl von über 7000.³ Doch als das Wachstum und die Planung ausser Kontrolle gerieten und die Sozialstruktur sich durch den Zuzug zahlreicher Gastarbeiter*innen veränderte, nahm der Bauboom ein jähes Ende.⁴ Was von dieser Blütezeit übrig geblieben ist, ist ein negatives Image sowohl aus Sicht vieler Einwohner*innen als auch von Aussenstehenden. Bis heute sind die Hochhäuser, Einkaufszentren und die multikulturelle Bevölkerungsstruktur eine stete Erinnerung an eine gescheiterte Planung.

Rund fünfzig Jahre sind seit dem Bauboom vergangen und die Gemeinde steht nun erneut vor einer grossen Veränderung. Ende 2017 zählte Spreitenbach 11 796 Einwohner*innen mit einem Ausländer*innenanteil von 50,3 Prozent.⁵ Bis 2030 wird im gesamten Limmattal mit einer Einwohner*innenzunahme um 22 Prozent gegenüber den Zahlen aus dem Jahr 2015 gerechnet. Auch die Zahl der Beschäftigten soll im Vergleich zum Stand von 2013 um weitere 15 Prozent zunehmen.⁶ Spreitenbach sieht für diesen Zeitraum ein mögliches Wachstum bis zu einer Bevölkerungszahl von 15 000.⁷ Die geplante Limmattalbahn zwischen dem Bahnhof Killwangen-Spreitenbach und Zürich Altstetten sollte dabei eine verkehrstechnische Entlastung bringen, doch stattdessen wird sie selbst zum Katalysator.⁸ Entlang der zukünftigen Streckenführung steigt die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort und in Spreitenbach sind bereits jetzt mehrere Bauprojekte im Gange oder in Planung. Ein Multiplexkino mit Wohnungen, ein Hotel, ein Baumarkt, weitere Hochhäuser und ein Stadtpark. Die Dimension kommt einem Déjà-vu gleich.

Auf der Suche nach einer Wohnung irgendwo zwischen Baden und Zürich zog ich vor fünf Jahren nach Spreitenbach. Mich überzeugten die gute Verkehrsanbindung, die nahegelegenen Einkaufsmöglichkeiten, die Aussicht von der Wohnung im Hochhaus und vor allem die günstige Miete. Obwohl ich hier ein anonymes Leben führte und nicht am Gemeindeleben teilnahm, entgingen mir die Entwicklungen nicht, die in den letzten Jahren angestossen wurden. Im Gegenteil: Mein Interesse wurde geweckt und Spreitenbach wurde vor zwei Jahren zum Forschungsfeld meiner Masterarbeit im Fach Populäre Kulturen an der Universität Zürich. Mein

3 Vgl. Spreitenbach online, www.spreitenbach.ch/fileadmin/00_website/resources/Statistik_1921-2000.pdf (4. 1. 2019).

4 Vgl. Steigmeier (wie Anm. 2), S. 306–311; Suter, Beat, Heidi Balmer, Markus Gasser et al.: Spreitenbach, eine neue Stadt. In: *Metron* o. J./13 (1995), S. 22.

5 Vgl. Spreitenbach online, www.spreitenbach.ch/portrait/zahlen-und-fakten/alles-auf-einen-blick (4. 1. 2019).

6 Vgl. Agglomerationsprogramm Limmattal. 3. Generation. Teil 1: Bericht (30. 11. 2016). In: Amt für Verkehr, S. 134, https://afv.zh.ch/internet/volkswirtschaftsdirektion/afv/de/gesamtverkehr/agglomerationsprogramm/agglomerationsprogramm3generation/_jcr_content/contentPar/downloadlist_1/downloaditems/bericht.spooler.download.1481729182809.pdf/KTZH_AFV_AP3_Limmattal_Bericht_2016.12.14.pdf, 22. 2. 2018.

7 Ursprünglich lag die Wachstumsprognose bei 18 000 Einwohnern. Doch diese Zahl wurde zwischenzeitlich auf 15 000 korrigiert. Vgl. 2018, Protokoll Einwohnergemeindeversammlung, 19. 6. 2018. In: Spreitenbach online, S. 13, www.spreitenbach.ch/fileadmin/00_website/06_Politik/Gemeindeversammlung/Einwohnergemeinde/Protokolle/2018_Protokoll_Einwohnergemeindeversammlung_19.06.2018.pdf, 4. 1. 2019.

8 Vgl. Gemeindepräsident, Transkript persönliches Interview vom 30. 11. 2017 in Spreitenbach, S. 12.

Fokus lag dabei auf der kulturwissenschaftlichen Betrachtung der Planungspraxis und dem Untersuchen der Planungskultur in Spreitenbach. In diesem Beitrag möchte ich – nach einer kurzen Ausführung über die Theorieansätze und meine methodische Vorgehensweise – anhand zweier Akteure aufzeigen, welche Werte, Denkmuster, Vorstellungen, Traditionen und sonstige kulturellen Aspekte die Planungspraxis in Spreitenbach massgeblich mitbestimmen. Wie weit der Einfluss reichen kann, möchte ich zum Schluss anhand der Partizipation veranschaulichen, die in Spreitenbach im Laufe der Planungsprozesse auf unterschiedliche Ebenen getragen wird.

Theorieansätze der Planungskultur und mehr

In der kulturwissenschaftlichen Stadtforschung wandert der Blick mit Vorliebe auf die Bewohner*innen einer Stadt, auf jene, «die mit ihrem alltäglichen Handeln die Stadt immer wieder aufs Neue produzieren und reproduzieren».⁹ Doch in den letzten Jahren erlebte die kulturwissenschaftliche Betrachtung des interdisziplinären Themas Planung Aufwind. Unter dem Begriff der Planungskultur sollen Aspekte, denen in der Planungspraxis bislang zu wenig Beachtung beigemessen wurde, in den Fokus treten.¹⁰ Das Konzept der Planungskultur kann als die fehlende Determinante zwischen der Planungswissenschaft und der Planungspraxis bezeichnet werden. Denn sie umfasst die Aspekte, die örtlichen oder regionalen Planungsprozessen zugrunde liegen und diese zugleich beeinflussen. Dazu gehören Denkmuster, Wertvorstellungen, Handlungsrountinen, Traditionen und Normen – sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene.¹¹

Aufgrund der komplexen und dynamischen Zusammensetzung einer Planungskultur und der direkten Kopplung an einen Planungsprozess gibt es die eine Planungskultur nicht.¹² In einer Planungskultur etablieren sich «vor allem die Vorstellungen von sozialen und räumlichen Gestaltungszielen, der Gestaltung von Planungsprozessen, adäquaten Entwurfsprozessen, den Formen der Entscheidungsfindung sowie von Kommunikationsstilen».¹³ Einige Akteure werden diese Werte bereits aus ihren beruflichen Kontexten – Stadtplanung, Architektur, Verwaltung etc. – kennen, andere werden sie sich erst während des Planungsprozesses aneignen. Es ist daher sehr unterschiedlich, wer wie viel Input in einen

9 Holm, Andrej, Henrik Lebuhn: Urbane Probleme – urbane Visionen. Plädoyer für eine Politisierung der Stadt. In: Dieter Korczak (Hg.): Visionen statt Illusionen. Wie wollen wir leben? Kröning 2014, S. 75–90, hier S. 76.

10 Vgl. Levin-Keitel, Meike, Frank Othengrafen: Planungskultur – auf der Suche nach einem kontemporären Verständnis räumlicher Planung? In: disP – The Planning Review 52/4 (2016), S. 76.

11 Vgl. ebd., S. 76 f.

12 Vgl. Wolff, Almut: Planung, Kollektive und Kulturen – Akteursperspektiven in der Planungskultur. In: disP – The Planning Review 52/4 (2016), S. 55–66, hier S. 59 f., 63. Vgl. Othengrafen, Frank: Uncovering the Unconscious Dimensions of Planning. Using Culture as a Tool to Analyse Spatial Planning Practices. Farnham 2012, S. 54.

13 Wolff (wie Anm. 12), S. 60.

Planungsprozess gibt. Dies ist zugleich massgebend für die jeweilige projektspezifische Planungskultur.¹⁴

Matthias Loepfe¹⁵ und Angelus Eisinger¹⁶ untersuchten mittels halbstrukturierter Experteninterviews die Testplanung einer Arealgestaltung auf ihre Planungspraxis sowie Planungskultur hin und stellten eine starke Konsensorientierung fest, die aus ihrer Sicht in zweierlei Hinsichten problematisch war: Zum einen wurden Widersprüche und potenzielle Konflikte bei der Planung ausgelassen, sofern keine unmittelbaren Lösungen in Sicht waren; stattdessen wurde ein harmonisches Resultat angestrebt. Damit seien die nicht gelösten Konflikte nur unter den Teppich gekehrt worden; sie stellten eine potenzielle Schwierigkeit dar, die im späteren Verlauf des Prozesses in einem noch grösseren Ausmass wieder auftauchen könnte. Zum anderen sei den Akteuren dadurch das kreative Potenzial entgangen, das so eine Dissonanz in der Regel ermöglicht.¹⁷

Diese Tendenz ist auch in der Politik zu beobachten. Andrej Holm¹⁸ und Henrik Lebuhn¹⁹ bezeichnen sie als Teil der Postpolitik, in der «die Herstellung eines Konsens[es] die Austragung von Dissens und Konflikten ersetzt, in der ein technokratisches Management an die Stelle von demokratischen Verfahren tritt und ein depolitisiertes städtisches Populismus die öffentliche Auseinandersetzung um die Fragen der Macht und struktureller Widersprüche in den Städten verhindert.»²⁰ Es werde kein Streit mehr geführt, sondern die Entscheidungen werden durch Meinungen von Expert*innen legitimiert.²¹ Tanja Klöti²² schreibt, dass dem Konsens immer eine Aushandlung zugrunde liegt, sprich, er schliesst auch Dinge aus «und kann unter gesellschaftlichen Ungleichheitsbedingungen nicht als demokratischer betrachtet werden als beispielsweise die Ergebnisse, welche durch eine technokratische Planung hervorgebracht wurden».²³ So stellt sich mir nun die Frage: Ist der Konsens überhaupt noch ein Zeichen für Demokratie oder ist er ein Mittel zur Unterdrückung und Nivellierung?

14 Vgl. ebd., S. 60, 63.

15 Matthias Loepfe ist Sozialgeograf und Planungstheoretiker und ist Projektleiter an der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU).

16 Angelus Eisinger ist Städtebau- und Planungshistoriker und ist Direktor der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU).

17 Vgl. Loepfe, Matthias, Angelus Eisinger: Planungskultur *in action*. In: *disP – The Planning Review* 52/4 (2016), S. 43–54, hier S. 51–53.

18 Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin tätig.

19 Henrik Lebuhn ist Politologe und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin tätig.

20 Holm/Lebuhn (wie Anm. 9), S. 87.

21 Vgl. ebd.

22 Tanja Klöti ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Sozialplanung und Stadtentwicklung an der Fachhochschule Nordwestschweiz Hochschule Soziale Arbeit.

23 Klöti, Tanja: Demokratisierung der Planung oder Planung für Demokratie? Widersprüche und Dilemmata partizipativer Planungskultur und -praxis. In: Jan Lange, Jonas Müller (Hg.): *Wie plant die Planung? Kultur- und planungswissenschaftliche Perspektiven auf die Praxis räumlicher Planungen* (Berliner Blätter, Heft 72/2016). Berlin 2016, S. 82–93, hier S. 90.

Diese Konsensorientierung wird in der Planungspraxis durch den Trend zur Partizipation unterstützt. Gemäss Klöti gibt es keinen bestimmten Auslöser für den Aufwind der Partizipation. Sie sei vielmehr das Resultat oder die Konsequenz von gesellschaftlichen Veränderungen der letzten fünfzig Jahre. Ob es die Bürgerrechtsbewegungen ab den 1970er-Jahren waren, die Schwächung der staatlichen Steuerinstanz ab den 1980er-Jahren oder die fortschreitende Globalisierung, schlussendlich gehe es bei der Partizipation um Kontrolle und Entscheidungsmacht.²⁴ In Bezug auf die räumliche Planungspraxis stellen sich mir daher die beiden Fragen, wer die Kontrolle und Entscheidungsmacht bei einer Partizipation erhält und was das Ziel der initiierten Konsensaushandlung ist.

Die Beantwortung dieser Fragen würde das Verhältnis der Akteure innerhalb einer Planungskultur aufzeigen und einen Teil ihrer Denkmuster und Werte offenbaren. Mit der Partizipation vieler Akteure vermehren sich die Handlungsrou-tinen, Traditionen, Normen und eben auch Denkmuster und Werte, welche die Planungskultur massgeblich bestimmen. Planung ist eine anwendungsorientierte Disziplin und basiert nicht auf einer klar abgrenzbaren Theorie, sondern entsteht «im Zusammenspiel mit der Praxis und damit auch mit ‹Laien›».²⁵ In Spreitenbach treten dieselben Akteure in verschiedene Planungsprozesse ein, während die einzigartige Vergangenheit der Gemeinde nicht nur die Ausgangslage bildet, sondern auch die lokalen Akteure grundlegend geprägt hat.

Methodisches Vorgehen

Als im Sommer 2017 die Einladung zur Einwohnergemeindeversammlung in meinem Briefkasten lag, ergriff ich diese Gelegenheit, um mir einen ersten Eindruck von der Gemeindeverwaltung, den Stimmberechtigten sowie den Themen und Abläufen zu verschaffen. Mir offenbarte sich ein komplett neues Bild von Spreitenbach, das nichts mit anonymem Stadtleben zu tun hatte – dem ich hier bislang nachging –, sondern mich an mein Heimatdorf erinnerte, wo jede*r jede*n kannte.

Meine Neugier war geweckt und noch am selben Abend stiess ich bei der Internetrecherche auf den Verein Pro Spreitenbach, der sich einmal im Monat in einem Restaurant im Dorfkern trifft. Der Verein bezeichnet sich auf seiner Website als «Sprachrohr der schweigenden Mehrheit von Spreitenbach».²⁶ Aufgrund dieser deutlichen Ansage nahm ich im September 2017 zum ersten Mal an einem Treffen teil. Die Persönlichkeiten, die sich an jenem Abend im Restaurant versammelten, waren genauso vielfältig wie die Themen, die diskutiert wurden. Unter den rund fünfzehn Anwesenden befanden sich ehemalige Gemeinderatsmitglieder,

24 Vgl. ebd., S. 83 f.

25 Othengrafen, Frank: Planungskultur als Brille und Forschungsinstrument. Ein E-Mail-Interview mit Frank Othengrafen, geführt von Jan Lange und Jonas Müller. In: Jan Lange, Jonas Müller (Hg.): Wie plant die Planung? Kultur- und planungswissenschaftliche Perspektiven auf die Praxis räumlicher Planungen (Berliner Blätter, Heft 72/2016). Berlin 2016, 46–53, hier S. 46.

26 Pro Spreitenbach, www.prospreitenbach.ch/index.php/ueber-uns (13. 3. 2018).

Angestellte der Gemeindeverwaltung, Kommissionsmitglieder, Zugezogene und viele andere. Mir wurde klar, dass der Verein Pro Spreitenbach kein unwichtiger Akteur in der Gemeinde ist, und so trat ich dem Verein kurzerhand bei, um als teilnehmende Beobachterin bis zum Ende meiner Forschungsarbeit dabei sein zu können. An den nachfolgenden Treffen ging mir immer wieder die Frage durch den Kopf, ob mein stilles Beisein und Beobachten die Diskussionen beeinflussen oder nicht. Aus diesem Grund besuchte ich auch nach Beendigung meiner Masterarbeit ein paar Mal die Vereinstreffen und war froh, dass ich keinen Unterschied feststellen konnte.

Aufgrund der Komplexität des Themas Planungskultur und des vorgegebenen Rahmens der Masterarbeit beschloss ich, meine Untersuchung auf zwei Akteure zu beschränken, die als Repräsentanten der Bevölkerung bezeichnet werden konnten: die Gemeinde, repräsentiert durch den Gemeindepräsidenten, und der Verein Pro Spreitenbach. Weitere wichtige und interessante Akteure in der derzeitigen Entwicklung sind nebst den fachlichen Experten – wie Bauherrschaften, Bauverwalter oder Mitglieder von Gremien – auch die Ortsparteien.

Insgesamt führte ich drei qualitative Interviews. Als erstes mit dem aktuellen Gemeindepräsidenten, der seit Februar 2012 im Amt ist und seit seinem zweiten Lebensjahr in Spreitenbach lebt. Danach führte ich ein Interview mit einem ehemaligen Gemeindeammann²⁷ Spreitenbachs, durch den ich dank seiner 21 Amtsjahre im Gemeinderat einen historischen Einblick in die Prozesse und Entwicklungen der letzten dreissig Jahre gewann. Als letztes führte ich mit vier Mitgliedern des Vereins Pro Spreitenbach, von denen drei in der Gemeinde aufgewachsen sind, ein Gruppeninterview durch. Einige Leitfragen waren bei allen drei Interviews dieselben, andere formulierte ich aufgrund von Aussagen und Erkenntnissen aus den bereits geführten Interviews.²⁸

Zusammen mit den Aufzeichnungen aufgrund meiner teilnehmenden Beobachtung bildeten diese drei Interviews die Hauptquelle meiner Forschungsarbeit. Hinzu kamen Fachliteratur zu Theorieansätzen sowie zahlreiche Projektunterlagen und Dokumentationen über die Vergangenheit Spreitenbachs.

27 Gemeindeammann ist die frühere Bezeichnung für den Gemeindepräsidenten. Die Umbenennung erfolgte in Spreitenbach 2014 aufgrund von Missverständnissen insbesondere mit den Nachbargemeinden im Kanton Zürich, wo der Gemeindeammann der Betriebsbeamte ist. Vgl. 2014, Protokoll Einwohnergemeindeversammlung, 24. 6. 2014. In: Spreitenbach online, www.spreitenbach.ch/uploads/tx_userpfdlist/2014ProtokollEinwohnergemeindeversammlung24.06.pdf (26. 2. 2018).

28 Beim Gemeindepräsidenten und dem Verein Pro Spreitenbach lenkte ich das Gespräch entlang der folgenden Fragen: «Wie wird eine Stadt Ihrer Vorstellung nach geplant?», «Wie sollte eine Stadt geplant werden?», «Wie sieht Ihre eigene Rolle in den Planungsprozessen aus? Wie die der anderen Akteure?» und «Was halten Sie von den derzeitigen Bauprojekten?». Ich liess meine Interviewpartner hauptsächlich erzählen und musste daher die hier genannten Fragen meist nicht explizit stellen. Beim Interview mit dem ehemaligen Gemeindeammann lag der Fokus stärker auf der Vergangenheit, sodass die Fragen eher indirekt beantwortet wurden.

Wie Planungsprozesse beeinflusst werden

Seit dem Amtsantritt des derzeitigen Gemeindepräsidenten vor sieben Jahren ist in der Planungspraxis der Gemeinde eine starke Prozessorientierung feststellbar. Gemäss seiner Aussage ist sie eine gewollte Vorgehensweise, die er zusammen mit dem Bauverwalter verfolgt.²⁹ Aufgrund des prognostizierten Wachstums bewilligte die Einwohnergemeindeversammlung im November 2012 den Kreditantrag für eine Masterplanung. Vier Jahre später wurde sie mit dem Namen *Räumliche Entwicklungsstrategie 2030* (RES 2030) verabschiedet, die nun den für die Behörden verbindlichen roten Faden in Spreitenbach darstellt und die zukünftige Entwicklung der Gemeinde bis ins Jahr 2030 skizziert. Sie ist eine Orientierungshilfe und «dient den Behörden in Zukunft als Rahmen für die Beurteilung raumrelevanter Entscheide»,³⁰ indem sie die Prioritäten definiert und Handlungsanweisungen für konkrete Projekte gibt.

Bei der Erarbeitung dieser Strategie griff die Gemeinde auf das Mittel der Ideenkonkurrenz zurück, das sie nur einige Monate zuvor im Rahmen des Forschungsprojekts «Zukunft Raumentwicklung Limmattal» der ETH Zürich miterlebt hatte. Inspiriert und überzeugt von dieser Methode beauftragte die Gemeinde drei Planungsbüros damit, Ideen auszuarbeiten, basierend auf einem «Zukunftsbild» Spreitenbachs mit den vom Gemeinderat eingezeichneten kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsschwerpunkten.³¹ Dieses Verfahren wurde von einem Begleitgremium betreut und ausgewertet. Aus den drei Entwürfen entstand ein Syntheseplan, der in ein Mitwirkungsverfahren verabschiedet und anschliessend zur Masterplanung finalisiert und für die Behörden als verbindlich erklärt wurde. Auf diese Weise bleibt sie auch bei zukünftigem Wechsel im Gemeinderat beständig und die Bauherrschaften erhalten Planungssicherheit.³²

Bei dieser prozessorientierten Vorgehensweise geht es dem Gemeindepräsidenten vor allem um Transparenz, Partizipation und Effektivität. Denn kurz nachdem er im Februar 2012 sein Amt angetreten hatte, meldete sich die Eigentümerschaft eines der Einkaufszentren, um über die Fortschritte ihrer Baupläne zu berichten. Da er nicht wusste, um was für Pläne es sich dabei handelte, war er richtiggehend erschrocken, als er den Zwischenstand mit zwei geplanten Hochhäusern präsentiert bekam. Vor dem Hintergrund der damals anstehenden RES 2030 wurde die Eigentümerschaft daraufhin vom Gemeinderat dazu angehalten, ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten, bei dem auch das angrenzende öffentliche Gebiet berück-

29 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 45 f.

30 Planpartner AG: Gemeinde Spreitenbach. *Räumliche Entwicklungsstrategie 2030* (RES 2030) (2. 5. 2016). In: Spreitenbach, S. 7, www.spreitenbach.ch/fileadmin/resources/07_Verwaltung/Bauverwaltung/2017_01_Schlussbericht_RES_ohne_Anhang.pdf (3. 11. 2017).

31 Ebd., S. 6, 8.

32 Vgl. Planwerkstadt AG: *Entwicklungsrichtplan Neumatt* (ERP). Planungsbericht nach Art. 47 RPV (21. 9. 2016). In: Gemeinde Spreitenbach, Bauverwaltung (Hg.): *Zentrumsentwicklung Spreitenbach*, S. 5, www.zentrum-spreitenbach.ch/application/files/9314/7487/8814/Entwicklungsrichtplan_Neumatt.pdf (24. 2. 2018). Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 40–42.

sichtigt wurde.³³ Aus diesem Auftrag entstand der Entwicklungsrichtplan für die Zentrumsentwicklung Neumatt, dem bis heute nicht wenige aus der Bevölkerung kritisch gegenüberstehen – worauf ich aber später näher eingehen werde. Der Planungsprozess war analog zu dem der RES 2030 und der daraus entstandene Entwicklungsrichtplan stellt eine Vorstufe des Gestaltungsplans dar.³⁴

Wie ausschlaggebend die Besetzung der Gemeindeführung bei der Entwicklung Spreitenbachs ist, zeigen die beiden Planungsbeispiele. Mit seiner Einstellung und seinen Vorstellungen beeinflusst der derzeitige Gemeindepräsident nicht nur wie, sondern auch was geplant wird. Denn im Gegensatz zu den kritischen Stimmen in der Bevölkerung ist er von der Zentrumsentwicklung überzeugt: «Also, [...] ich finde das ein sehr gutes Projekt, oder. Es hätte natürlich das Gegenteil passieren können, dass jemand ins Amt gewählt wird, der sagt: «Nein, das kommt gar nicht in Frage, noch mehr Häuser», oder: «Also ich bin da eigentlich eher auf der Seite des Investors, ich sage: Für mich stimmt das.»³⁵

Mit ihm ist nicht nur eine Person im Amt, die Spreitenbach weiterentwickeln und vergrössern will, sondern auch jemand, der auf Kontinuität und Verbindlichkeit setzt. Doch im Lauf des Interviews kam auch sein persönlicher Bezug zur Gemeinde immer wieder zum Vorschein. Als er mir vom Bundesprogramm «Projets urbains»³⁶ erzählte, an welchem Spreitenbach mit dem Langäckerquartier von 2008 bis 2015 teilgenommen hatte, begann er in seinen Kindheitserinnerungen zu schwelgen. Das Langäckerquartier ist das Quartier, wo fast alle Hochhäuser der 1960er- und 1970er-Jahre stehen und wo der Gemeindepräsident aufgewachsen ist. Das Quartier sticht nicht nur aufgrund seiner Hochhäuser hervor, sondern auch durch seine grosszügigen Grünflächen. Mit rund sechzig Kindern habe er früher in den Ferien zwischen den Hochhäusern Räuber und Poli gespielt.³⁷ Heute zieren das Quartierbild zahlreiche Zäune, welche die einst riesige Grünfläche in viele kleine zerteilten.³⁸ Im Rahmen von «Projets urbains» wurde zwar versucht, die Flächen wieder zu öffnen, doch aufgrund der komplexen Eigentümer*innenstruktur blieb es lediglich beim Versuch.³⁹

Nicht nur das Langäckerquartier weist einzigartige Merkmale auf. Jedes Quartier in Spreitenbach erzählt ein Stück Geschichte und widerspiegelt zugleich den Wandel in der architektonischen und raumplanerischen Philosophie, da jedes zu

33 Vgl. ebd., S. 41 f.

34 Vgl. ebd., S. 40 f.

35 Ebd., S. 45.

36 «Das Programm Projets urbains wurde 2007 vom Bundesrat als Integrationsmassnahme beschlossen und hat für eine positive Dynamik in den Quartieren gesorgt. Ziel der Durchführung von Quartierentwicklungsprojekten war es, über einen interdisziplinären und partizipativen Ansatz die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig zu verbessern.» Bundesamt für Raumentwicklung, www.are.admin.ch/are/de/home/staedte-und-agglomerationen/programme-und-projekte/programm-projets-urbains.html (24. 2. 2018).

37 «Räuber und Poli»: Räuber und Gendarm. Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 27.

38 Projet urbain Langäcker bewegt! Schlussbericht (Dezember 2015). In: Gemeinde Spreitenbach (Hg.): Spreitenbach, S. 29, www.spreitenbach.ch/fileadmin/resources/O7_Verwaltung/Bauverwaltung/Schlussbericht_Projet_urbain_Dezember_2015.pdf (24. 2. 2018).

39 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 5 f.

seiner Zeit modern und zeitgemäss gebaut wurde.⁴⁰ Diese Besonderheit blieb auch bei den Planungsbüros der Ideenkonkurrenz zur RES 2030 nicht unbemerkt und der Ausdruck «Stadt der Quartiere» fiel.⁴¹ Das Hervorheben und Akzentuieren der einzelnen Quartiersidentitäten und -qualitäten ist zwar nun eine der Handlungsanweisungen in der Strategie, jedoch stellte sich mir die Frage, welche Eigenschaften die jeweilige Quartieridentität und -qualität definieren. Der Gemeindepräsident nannte im Interview die grossen Häuser und die grossen Freiräume als Identität des Langäckerquartiers.⁴² Doch dieses Bild ist seiner Kindheitserinnerung viel näher als dem heutigen Zustand. Das «Hervorheben» und «Akzentuieren» schien mir daher der falsche Ausdruck zu sein. Vielmehr wurde hier die frühere Quartieridentität zum neuen Leitbild.

Die Darlegungen in diesem Kapitel haben gezeigt, dass der Gemeindepräsident beziehungsweise die Gemeinde massgeblich die Richtung der Planungsprozesse bestimmt. Die Vergangenheit nimmt dabei bewussten oder unbewussten Einfluss. Doch wie bereits angedeutet, stösst die Gemeinde mit ihren Vorstellungen nicht nur auf Zustimmung. Viele Mitglieder des Vereins Pro Spreitenbach gehören zu jenen Leuten, die der derzeitigen Entwicklung aufgrund von bisherigen (persönlichen) Erfahrungen kritisch gegenüberstehen.

Wie Erfahrungen die lokalspezifischen Faktoren bestimmen

Rund 1600 Franken betrug die durchschnittliche Steuerkraft pro Kopf in Spreitenbach im Jahr 2017.⁴³ Der Bedarf an «besser Verdienenden» ist deutlich, um weitere Steuerfusserhöhungen vermeiden und die geplanten Investitionen in die Infrastruktur stemmen zu können. Denn das prognostizierte Wachstum bis zu einer Bevölkerung von 15 000 erfordert mehr Schulraum und ein grösseres Gemeindehaus.⁴⁴

Während die Gemeinde durch Projekte wie die Zentrumsentwicklung Neumatt mit dem Zuzug von «guten Steuerzahler*innen» rechnet, glauben die meisten von Pro Spreitenbach nicht daran. Zu oft wurden sie in der Vergangenheit von ähnlichen Aussichten enttäuscht und die Gemeinde ist sich dieser Tatsache bewusst. Als ab Mitte der 1990er-Jahre nicht mehr viel Wohnraum in Spreitenbach gebaut wurde, hatte dies zur Folge, dass viele aus der mittleren und oberen Einkommenschicht abwanderten, da sie sich hier ihren Traum von einer neuen Wohnung oder einem neuen Haus nicht erfüllen konnten. Es herrschte Nachholbedarf. So war es keine Überraschung, dass die Wohnungen einer neuen Überbauung nahezu

40 Vgl. ebd., S. 2 f.

41 Vgl. ebd., S. 24 f.

42 Vgl. ebd., S. 2 f.

43 Vgl. Galbiati, Sabina: Steuerfuss soll um drei Prozentpunkte steigen. In: Aargauer Zeitung, 9. 11. 2017, www.aargauerzeitung.ch/aargau/baden/steuerfuss-soll-um-drei-prozentpunkte-steigen-131886960 (24. 2. 2018).

44 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 51.

ausschliesslich von Leuten aus Spreitenbach bezogen wurden.⁴⁵ Der ehemalige Gemeindeammann bezeichnete dieses Phänomen als den «internen Wechsel»⁴⁶ und konnte mir im Interview aufzeigen, dass dieser Vorgang in Spreitenbach fast schon Traditionscharakter hat: «Dann kam der Ruf: «Ja, aber, wir hocken zu fest ineinander, nebeneinander und aufeinander. Man möchte etwas anderes.» Einer der nächsten Schritte war dann das Quartier Schleipfe hier [...]. Dann ist ein Teil der Bevölkerung, ich sage jetzt die gehobeneren oder die besseren, sind dann nach dem Langäcker hier [in die Schleipfe, C. Y. E.] hinaufgezogen. [...] Dann kam der Ruf: «Man sollte Eigentum machen.» [...] Also das Dorf hat sich dann dort hinaus entwickelt, und die, die in der Schleipfe ein wenig besser dran waren, sind dann wieder umgezogen. Also blieb es ein Traum, dass in diesen neuen Gebieten immer die besten kommen und die besten Steuerzahler. Diese Entwicklung geht ja weiter bis heute.»⁴⁷

Dieser «interne Wechsel» wirkte auf mich wie das Erklimmen einer Art Wohlstandsleiter. Jedes Quartier ist ein Abbild des Wohlstands seiner Bewohner*innen und repräsentiert gleichzeitig eine bestimmte Sprosse. So kam es, dass entgegen den Ambitionen, mit den neuen Quartieren und Wohnungen «gute Steuerzahler*innen» nach Spreitenbach zu locken, hauptsächlich Menschen mit tieferen Einkommen in die frei gewordenen, günstigen Wohnungen zogen. Das Steuersubstrat verbesserte sich daher nicht, sondern verschlechterte sich sogar und setzte die Gemeinde weiter unter Druck.⁴⁸ Da diese Entwicklung ein offenes Geheimnis ist, steigen die Zweifel und Unsicherheiten in einigen Teilen der Bevölkerung und vor allem bei Pro Spreitenbach darüber, ob sich der Kurs noch in erfreulichere Bahnen lenken lässt. Dem Gemeindepräsidenten zufolge nimmt dieses Phänomen langsam ein Ende; man habe im neuesten Quartier Kreuzäcker feststellen können, dass das Verhältnis zwischen internem Wechsel und Zuzug von aussen etwa gleich war.⁴⁹

Von den vielen Bauprojekten, die ich zu Beginn des Beitrages aufgezählt habe, polarisiert die Zentrumsentwicklung Neumatt wie kein anderes. Sie legt Werte, Vorstellungen und Denkmuster von Vereinsmitgliedern frei, die tief verwurzelt sind und bis weit in die Vergangenheit Spreitenbachs reichen. Das Thema «interner Wechsel» spielte in ihrem Fall nur eine Nebenrolle. Es sind die geplanten Hochhäuser, die die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

In der heutigen Zeit sind Hochhäuser keine Seltenheit mehr und stehen für Urbanität und verdichtetes Bauen, Attribute, die der Zonenplaner des letzten Bau-booms bereits als erstrebenswert und modern erachtete.⁵⁰ Doch die eher knapp bemessenen Wohnungen entsprachen bald nicht mehr dem durchschnittlichen Wohnraumbedarf und die gut verdienenden Paare, die aufgrund des Konkubinatverbots im Kanton Zürich nach Spreitenbach gezogen waren, verliessen nach

45 Vgl. ebd., S. 11 f., 28 f.

46 Vgl. ehemaliger Gemeindeammann, Transkript persönliches Interview vom 12. 12. 2017 in Spreitenbach, S. 17.

47 Ebd., S. 5.

48 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 30.

49 Vgl. ebd., S. 29.

50 Vgl. Steigmeier (wie Anm. 2), S. 276.

der Aufhebung des Verbots 1972 die Gemeinde allmählich wieder.⁵¹ Der günstige Mietpreis dieser Wohnungen lockte daraufhin viele Leute aus der unteren Einkommensschicht an, die zudem in Spreitenbach im Detailhandel oder in der Industrie Arbeit fanden.⁵² Im Laufe meiner Forschung verdeutlichte sich, dass dieser sozialstrukturelle Wandel in den Hochhäusern mit sozialen Herausforderungen einherging, die sich am Objekt «Hochhaus» festgesetzt hatten. Das Hochhaus wurde für viele in Spreitenbach zum Sinnbild für Integrationsprobleme, Sozialfälle und Bewohner*innen mit tiefem Einkommen. Im Gruppeninterview erzählte ein Mitglied von Pro Spreitenbach, dass die Hochhäuser früher einen «Wow-Effekt» gehabt hätten und heute verpönt seien.⁵³ Interessanterweise stammen diese Worte von einem Vereinsmitglied, das wie der Gemeindepräsident in einem der Hochhäuser im Langackerquartier aufgewachsen war. Auch er schwärmte während des Interviews von seiner Kindheit und vom Leben im Quartier, doch anders als für den Gemeindepräsidenten überwiegt für ihn seine Aversion die schönen Erinnerungen. Allerdings stecken hinter seiner Abneigung auch pragmatischere Gründe, die mit den Auswirkungen auf die Infrastruktur zu tun haben.

Wie bereits erwähnt, erfordert das Wachstum zusätzlichen Schulraum und ein grösseres Gemeindehaus. Seit aber die Spreitenbacher Bevölkerung erst vor wenigen Jahren die Erfahrung gemacht hat, dass vor allem Schulen in extrem hohe Unkosten ausufernd können, vermuteten die vier Mitglieder von Pro Spreitenbach, dass viele in der Gemeinde nun darauf sensibilisiert seien, die Entwicklung noch mehr zu hinterfragen.⁵⁴ Denn auch sie seien völlig perplex, dass bereits das nächste Schulhaus geplant ist: «Und kaum ist eines fertig, geht es vier Monate und ich höre zum ersten Mal, wir sollten wieder ein Schulhaus haben und ich denke, ich bin im falschen Film. Wir haben jetzt gerade 28 Millionen ausgegeben und jetzt kommen sie schon wieder.»⁵⁵

Gemäss der prognostizierten Bevölkerungszunahme braucht Spreitenbach bis zum Schuljahr 2024/25 achtzehn zusätzliche Schulzimmer.⁵⁶ Aufgrund dieses Zeitdrucks erarbeitete die Gemeinde einen Vorschlag, der den Bau eines neuen Gemeindehauses vorsah, um das alte in ein Schulhaus umzubauen. Als im Herbst 2017 der Projektierungskredit für dieses Vorhaben zur Abstimmung kam, war der Widerstand an der Gemeindeversammlung deutlich spürbar und die Stimmbürger*innen lehnten den Bau ab. Rückblickend sprach der Gemeindepräsident im Interview von einer unheiligen Allianz von Gegner*innen der Einführung eines

51 Vgl. ebd., S. 310 f. Vgl. Suter, Balmer, Gasser et al. (wie Anm. 4), S. 22.

52 Vgl. Steigmeier (wie Anm. 2), S. 311.

53 Vgl. Pro Spreitenbach, Transkript persönliches Gruppeninterview vom 20. 1. 2018 in Spreitenbach, S. 1.

54 Vgl. ebd., S. 79 f.

55 Ebd., S. 59.

56 Vgl. 2017, Protokoll Einwohnergemeindeversammlung 28. 11. 2017. In: Spreitenbach online, S. 555–621, hier S. 606, www.spreitenbach.ch/fileadmin/00_website/06_Politik/Gemeindeversammlung/Einwohnergemeinde/Protokolle/2017Protokoll_Einwohnergemeindeversammlung_28.11.2017.pdf (26. 2. 2018).

Abfallreglements⁵⁷ und des Gemeindehauses und einer negativen Stimmung in der Versammlung. Denn als das Traktandum über eine provisorische Bushaltestelle für das neue Quartier Kreuzäcker an die Reihe kam, blieb der Tenor weiterhin negativ. Daraufhin meldete sich der ehemalige Gemeindeammann zu Wort, der sich – seit er sein Amt niedergelegt hatte – eigentlich nicht mehr aktiv beteiligen wollte, und prangerte die Negativstimmung an und appellierte, dass die Leute, die jetzt dort wohnen, auch zu Spreitenbach gehörten und man sie willkommen heissen sollte.⁵⁸ Diese Wortmeldung überraschte auch den Gemeindepräsidenten, da es eine Art Ehrenkodex sei, dass man nach Beendigung der eigenen Amtszeit nicht noch weiter politisiere.⁵⁹ Mit einer knappen Mehrheit von 100 zu 91 Stimmen wurde der Antrag für die Bushaltestelle angenommen.

Sowohl die Infrastruktur als auch das Hochhaus sind Themen, die in Spreitenbach mit Erfahrungen aufgeladen sind. Sie gehören dadurch aus meiner Sicht zu lokalspezifischen Faktoren, da sie zum einen physisch vor Ort vorhanden sind, zum anderen bei den Akteuren – insbesondere aufseiten der Bevölkerung – Reaktionen in Form von Wahrnehmungen, Denkmustern und Werthaltungen auslösen, die eine Planung grundlegend beeinflussen. Dies zeigte auch die angespannte Stimmung an der Gemeindeversammlung im Herbst 2017. Im Laufe meiner Forschung stellte ich immer wieder fest, dass in Spreitenbach unter den Einwohner*innen eine gewisse kritische und zugleich willensstarke Haltung verankert ist, aus der sich schon in der Vergangenheit schnell Kollektive gebildet hatten, was bis heute noch der Fall ist.

Die Mentalitäten in Spreitenbach

Der Verein Pro Spreitenbach ist ein solches Kollektiv und besteht aus Personen, deren gemeinsames Interesse die Zukunft Spreitenbachs ist. Im Unterschied zu den Ortsparteien verfolgt der Verein kein bestimmtes Programm und wird daher von einigen Leuten als nicht fassbar oder gar unberechenbar bezeichnet.⁶⁰ Aber genau diese Freiheit erlaubt es seinen Mitgliedern, sich für alles Mögliche zu interessieren und ein offenes Ohr zu haben – was mitunter ein Grund für den stetigen Zuwachs an Mitgliedern ist.⁶¹ Als Mitglied hat man zudem keine Pflichten und muss nicht an den Treffen teilnehmen, trotzdem erfährt man durch die monatlichen Rundmails, denen ein Protokoll angehängt ist, was am vergangenen Treffen diskutiert wurde. In Bezug auf die aktuellen raumplanerischen Entwicklungen ist der Blick des Vereins insbesondere auf die Revision der *Bau- und Nutzungsordnung* (BNO)⁶² gerichtet, da «dieses Papier entscheidet, wie Spreitenbach heute, in zehn

57 Spreitenbach ist eine der letzten Gemeinden in der Schweiz, die noch keine Abfallgebühren erheben.

58 Vgl. ehemaliger Gemeindeammann (wie Anm. 46), S. 11–13.

59 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 62.

60 Vgl. ebd., S. 55; Pro Spreitenbach (wie Anm. 53), S. 64.

61 Heute zählt der Verein rund 80 Mitglieder.

62 «Die Bau- und Nutzungsordnung (BNO) umfasst das kommunale Raumplanungs-, Umwelt- und Baurecht. Sie gilt für das ganze Gemeindegebiet.» Bau- und Nutzungsordnung 2003, Stand 2012. In: Sprei-

Jahren und in fünfzig Jahren»⁶³ aussehen wird. Denn basierend auf der derzeitigen Version der BNO haben die geplanten Hochhäuser der Zentrumsentwicklung Neumatt eine zu hohe Ausnutzungsziffer – was so viel bedeutet, dass sie mit ihren geplanten 95 und 98 Metern⁶⁴ zu hoch sind. Aus diesem Grund soll unter anderem dieser Punkt bei der Revision berücksichtigt und entsprechend geändert werden.⁶⁵ Die Mitglieder von Pro Spreitenbach sind alles andere als begeistert darüber, dass nicht das Bauprojekt sich an den Gesetzen orientiert, sondern das Gesetz an das Bauprojekt angepasst werden soll.⁶⁶ Vor allem die Höhe der Häuser stösst bei ihnen auf Widerstand und sie sind überzeugt, dass viele in der Bevölkerung sich gar nicht darüber im Klaren sind, wie hoch die neuen Hochhäuser sein würden. Auch die Komplexität der BNO trage zu dieser Unwissenheit bei: «[D]er, der nie gebaut hat oder nie gekauft hat, hat nie die BNO gelesen. Er weiss nicht einmal was BNO heisst. – Die, die schon einmal gebaut haben oder sich wie *wir* jetzt ein wenig mit dem befasst haben, da gibt es ein paar Wenige, die haben das schon gelesen. Von diesen paar Wenigen, die es gelesen haben, *sollten es noch ein paar verstehen* (langsam und deutlich) können.»⁶⁷

Welche Folgen ein Mangel an Bewusstsein und Verständnis haben kann, zeigte der letzte Bauboom. Mir fiel sowohl im Gruppeninterview als auch an den Vereinstreffen auf, dass stets von einer damaligen Machtlosigkeit gesprochen wurde. Man sei vom Wachstum überrollt worden.⁶⁸ Doch der ehemalige Gemeindeammann sieht Spreitenbach in einem nicht ganz so unschuldigen Licht. Damals habe man an die Zukunft geglaubt und als der Bevölkerung und der Gemeinde die Vorschläge unterbreitet wurden, waren sie davon überzeugt, sodass jene auch sämtliche Schritte an den Gemeindeversammlungen abgesehen hätten. Daher stelle sich auch eher die Frage, inwiefern sie sich des Ganzen bewusst waren und die Materie überhaupt überblicken konnten.⁶⁹

Für Pro Spreitenbach ist die BNO ein entscheidendes Instrument zur Mitgestaltung der Zukunft der Gemeinde. Vor allem sei sie die einzige Möglichkeit bei den derzeitigen Entwicklungen, die Handbremse ein wenig anzuziehen. Dies sei bei diesem Bauboom nötig, da Spreitenbach eigentlich ein Dorf sei.⁷⁰ Den Begriff «Dorf» oder auch den Satz «Wir sind ein Dorf» hörte ich von vielen hier in Spreitenbach, insbesondere im Verein Pro Spreitenbach, obwohl die Gemeinde von der Bevölkerungszahl her schon lange kein Dorf mehr ist. Doch mit dem Begriff wurde nicht nur der dörfliche Charakter des Zusammenlebens in der Gemeinde beschrieben, sondern das Dorf wurde auch in der Gemeinde verortet. «Alles was westlich

tenbach, S. 4, www.spreitenbach.ch/fileadmin/00_website/uploads/Online_Schalter/Bauverwaltung/BNO_2018_Komplett.pdf (16. 1. 2019).

63 Pro Spreitenbach (wie Anm. 53), S. 52.

64 Rund 25 Prozent höher als die jetzigen Hochhäuser.

65 Vgl. Planwerkstadt AG (wie Anm. 32), S. 28.

66 Vgl. Pro Spreitenbach (wie Anm. 53), S. 19 f.

67 Ebd., S. 51.

68 Vgl. ebd., S. 7.

69 Vgl. ehemaliger Gemeindeammann (wie Anm. 46), S. 2 f.

70 Vgl. Pro Spreitenbach (wie Anm. 53), S. 37 f.

von der Bahnhofstrasse ist, ist das Dorf»,⁷¹ also nicht nur der ursprüngliche Dorfkern wurde als Dorf bezeichnet, sondern auch die umliegenden Quartiere, in denen möglichst keine Hochhäuser stehen. Dieses Wort wirkte auf mich wie ein Mittel zur Segregation, die von den «Dörflern» freiwillig und bewusst vorgenommen wurde, um sich von den Quartieren mit den Hochhäusern abzugrenzen. Der Ursprung dieser Trennung reicht weit in die Vergangenheit zurück: «Man muss sich dann einfach vor Augen halten, wir hatten hier eigentlich ein gut funktionierendes Bauerndorf. Und wir hatten plötzlich so eine Art Satellitenstadt, die mit der Zeit zusammengewachsen ist. Und daraus hat sich in meinen Augen zweierlei Wohnbevölkerung ergeben, Arbeiterklasse und Einheimische, die praktisch alle noch aus dem Bauerngewerbe gekommen sind.»⁷²

Dieses Aufeinandertreffen zweier Welten scheint bis heute unüberwindbar zu sein. Es sei von Anfang an Wunschdenken gewesen, dass daraus eine Gemeinschaft werden würde.⁷³ «Ein Zusammenleben gibt es schlussendlich nicht. Die [in den Hochhäusern, C. Y. E.] haben eine ganz andere Einstellung als die hier oben [im Dorf, C. Y. E.]»⁷⁴ Was genau unter diesen Einstellungen zu verstehen ist, wurde im Interview nicht explizit gesagt. Die beiden Begriffe «Dorf» und «Hochhaus» wurden immer wieder wie zwei Pole einander gegenübergestellt. Durch diese klare Positionierung lässt sich daher schliessen, für was das «Dorf» nicht steht: Integrationsprobleme, Sozialfälle und Bewohner*innen mit tiefem Einkommen. Meine Schlussfolgerung wurde zudem dadurch bestätigt, dass nur schon zwei von vier Personen, die bei meinem Gruppeninterview mitmachten, einst in diesen Quartieren gelebt haben, von denen sie sich heute mit dem Begriff «Dorf» abgrenzen.

Diese Tendenz war auch dem Gemeindepräsidenten an der Gemeindeversammlung im November 2017 aufgefallen, als über die provisorische Bushaltestelle abgestimmt wurde: «Sie sagen, sie seien Pro Spreitenbach, aber zum Beispiel gegen eine Bushaltestelle Raiacker waren sie dann trotzdem. Also (er lacht auf) sind sie dann eigentlich Pro Dorf, aber das sind sie trotzdem nicht. Es ist noch schwierig, das Ganze ein wenig einordnen zu können.»⁷⁵

Diese Einstellung mag davon herrühren, dass der gesamte Vereinsvorstand im «Dorf» lebt, und ich kann nachvollziehen, dass sie die Dinge erst aus der persönlichen Perspektive betrachten. Denn in Bezug auf die provisorische Bushaltestelle war die Meinung von Pro Spreitenbach, dass die Distanz zu einer bereits existierenden Bushaltestelle für die Bewohner*innen des neuen Quartiers keine Zustimmung gewesen wäre, da einige «Dörfler» viel weiter laufen müssten.

Aber wie bereits erwähnt, ist es das Ziel Pro Spreitenbachs, das Bewusstsein der Bevölkerung zu wecken und ihr begreiflich zu machen, wie wichtig die BNO für die Zukunft ist und was sie bedeutet.⁷⁶ In ihrem Bestreben, für die Gemeinschaft in

71 Ebd., S. 38.

72 Ebd., S. 6.

73 Vgl. ebd., S. 97.

74 Ebd., S. 97 f.

75 Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 55.

76 Vgl. Pro Spreitenbach (wie Anm. 53), S. 53.

Aktion zu treten, fühlen die Mitglieder sich jedoch allein gelassen und ärgern sich ein wenig darüber, dass die Ortsparteien sich kaum beteiligen: «Hörst du die FDP irgendwo? Oder hörst du die SP mal, sie hätten über irgendetwas diskutiert? Vielleicht sind ihre Beratungen geheim, was ja eigentlich nichts bringt – wir sprechen ja für das Dorf und nicht über das Dorf. – Also, jetzt ohne überheblich zu sein, wer redet denn noch von Spreitenbach ausser Pro Spreitenbach?»⁷⁷

Die Geschichte Spreitenbachs zeigt, dass solche Initiativen aus der Bevölkerung – wie durch Pro Spreitenbach – bereits etwas bewirken konnten. So vertrieben einst vor rund 170 Jahren die Spreitenbacher Bauern mit ihren Heugabeln die Landvermesser der Spanischbrötlibahn⁷⁸ und verhinderten so, dass ein Bahnhof in der Nähe des Dorfes gebaut wurde.⁷⁹ 1986 lehnte die Stimmbevölkerung den Bau der Industriestrasse ab, die vor allem von den Einkaufszentren und der Industrie gewünscht und auch vom Gemeinderat befürwortet worden war.⁸⁰ Die damalige Bevölkerung war derselben Meinung wie heute Pro Spreitenbach: Es wird zu viel gebaut. Daraufhin hatte der Industrieverein die Strasse 1996 auf eigene Kosten erstellt.⁸¹

Dieses Verhindern von unerwünschten Entwicklungen scheint in Spreitenbach kein Novum zu sein. Ob gegen die Spanischbrötlibahn, die Industriestrasse oder gegen die Hochhäuser – die Beweggründe für das kollektive Handeln liegen immer in der Ablehnung des Wachstums. Die meisten Mitglieder des Vereins Pro Spreitenbach sehen sich als Teil des «Dorfs» und handeln aus dieser Perspektive heraus. In der derzeitigen Entwicklung will Pro Spreitenbach die Bevölkerung aufrütteln und ihr die Wichtigkeit der BNO bewusst machen. Sie wollen Partizipation und über die Zukunft Spreitenbachs mitentscheiden.

Die Verschiebung der Partizipation

Sowohl zur *Räumlichen Entwicklungsstrategie 2030* als auch zur Zentrumsentwicklung Neumatt fand ein Mitwirkungsverfahren statt. Interessierte konnten sich jeweils zum Planentwurf äussern, der eine Synthese der konkurrierenden Ideen darstellte. Aus Sicht der Gemeinde bietet das Mitwirkungsverfahren die Möglichkeit, die Bevölkerung früher zu beteiligen und auf ihre Ängste und Bedürfnisse eingehen zu können. Es erlaube zudem, in einem relativ frühen Stadium des Projekts zu reagieren und Anregungen mit einfließen zu lassen. Denn es sei aus finanzieller Sicht sehr schade, wenn Millionen in Projektierungen investiert werden und am Ende an der Gemeindeversammlung ein «Nein» herauskomme, ohne dass man wisse, weshalb.⁸² So schreibt auch Tanja Klöti, dass Partizipation

77 Ebd., S. 64.

78 Im Volksmund so bezeichnet und steht für die Schweizerische Nordbahn. Sie war die erste Eisenbahn der Schweiz und eröffnete die Strecke Zürich–Baden im Jahre 1847.

79 Vgl. Kulturkommission Spreitenbach (Hg.): Entdecke Spreitenbach. Spreitenbach 1973, S. 54.

80 Vgl. ehemaliger Gemeindeammann (wie Anm. 46), S. 16; Steigmeier (wie Anm. 2), S. 328.

81 Vgl. ehemaliger Gemeindeammann (wie Anm. 46), S. 16; Steigmeier (wie Anm. 2), S. 328.

82 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 45 f.

von Akteuren aus Verwaltung und Planung hauptsächlich zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Planungsprozesse ermöglicht wird.⁸³ Es geht nicht per se darum, mitzugestalten und mitzuentcheiden, sondern lediglich darum, Bedenken auszumerzen.

Für die Mitwirkung bei der Zentrumsentwicklung Neumatt fand im Einkaufszentrum während mehrerer Wochen eine Ausstellung statt, bei der auch der Gemeindepräsident an zwei Samstagen vor Ort war, um Auskunft zu geben.⁸⁴ Insgesamt wurden 56 Eingaben eingereicht. Angesichts der Bevölkerungszahl von knapp 12 000 sowie der Möglichkeit der Teilnahme für Nichtstimmberechtigte erschien mir die Zahl zunächst als nicht sehr hoch. Der Gemeindepräsident teilte diese Meinung und gestand zudem, dass sich unter den Eingaben keine einzige positive Rückmeldung befand. Dies stellte die Gemeinde vor eine schwierige Situation, da für sie unklar war, wie sie damit umgehen sollte und ob ihre Arbeit mehrheitlich Zuspruch fand oder nicht.⁸⁵ Aber die Enttäuschung lag nicht nur aufseiten der Gemeinde, sondern auch bei Pro Spreitenbach. Ein wenig verärgert berichteten mir die Vereinsmitglieder an einem der Treffen, dass zum einen das Verfahren sehr umständlich und zum anderen der daraus resultierende Bericht ernüchternd gewesen sei. Um mitwirken zu können, mussten sie zunächst das Formular auf der unübersichtlichen Gemeindeforum website suchen, herunterladen, ausdrucken, von Hand ausfüllen und anschliessend wieder eingescannt per E-Mail oder mit der Post an die Gemeinde schicken. Es sei ein Unding, dass ein online verfügbares Dokument nicht online ausgefüllt werden konnte. Da hätten sie sich schon gefragt, ob die Gemeinde überhaupt wollte, dass die Leute mitmachten, oder ob es hier lediglich um eine lästige Pflicht ging.

Ein Mitwirkungsverfahren bekommt seine Berechtigung dadurch, dass davon ausgegangen wird, dass die Bevölkerung aktiv mitwirken möchte. Der/die Initiant*in eines Partizipationsverfahrens geht gemäss der Stadtethnologin Barbara Lang von einer Bevölkerung aus, die einem Idealbild entspricht und somit ein genaues Abbild der Bevölkerungsmeinung liefert.⁸⁶ «Der Stadtbewohner ist im Idealfall interessiert, engagiert, politisch involviert und hochgradig für die Mitgestaltung seines Wohnumfelds motiviert.»⁸⁷ Doch die Resonanz auf das Mitwirkungsverfahren hat gezeigt, dass die Mitwirkenden eine gewisse Leistung auch vonseiten des/der Initiant*in erwarten, die nicht nur einen Einfluss auf die Zahl der Eingaben hat, sondern auch auf die Bereitschaft, an zukünftigen Anlässen wieder mitzuwirken.

83 Vgl. Klöti (wie Anm. 23), S. 87.

84 Vgl. Mitwirkungsbericht: Räumliche Entwicklungsstrategie 2030 (RES) (o. J.). In: Spreitenbach, S. 3, www.spreitenbach.ch/fileadmin/resources/07_Verwaltung/Bauverwaltung/2017_Mitwirkungsbericht_final_Broschuere.pdf (3. 11. 2017); Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 31 f.

85 Vgl. Gemeindepräsident (wie Anm. 8), S. 31 f.

86 Vgl. Lang, Barbara: Zur Ethnographie der Stadtplanung. Die planerische Perspektive auf die Stadt. In: Waltraud Kokot, Thomas Hengartner, Kathrin Wildner (Hg.): Kulturwissenschaftliche Stadtforschung. Berlin 2000, S. 55–68, hier S. 65.

87 Ebd., S. 65.

Die Kontrolle und Entscheidungsmacht bei der Mitwirkung blieb in den Händen der Gemeinde und der Eigentümerschaft und das Ziel der Aushandlung des Konsenses war das Beseitigen von Bedenken seitens der Bevölkerung. Die Tatsache, dass die Bevölkerung nicht zu Beginn der Planung involviert wurde, sondern erst nachdem ein Entwurf bereits erstellt worden war, schloss bereits andere Optionen aus. In Anbetracht des hohen Interesses von Pro Spreitenbach an der Revision der Bau- und Nutzungsordnung sowie der allgemeinen Ablehnung des Gemeindehauses an der Gemeindeversammlung kommt der Wunsch nach Mitbestimmung in Spreitenbach deutlich zum Vorschein. Aus Sicht von Pro Spreitenbach könne man nur über unwesentliche Dinge mitentscheiden. Es komme ein*e Investor*in, kaufe Land, stelle für sein Bauprojekt ein Baugesuch und dann werde alles abgeklärt. Erst wenn die Bauschritte veröffentlicht werden oder das Baugespann aufgestellt wird, erfahre man davon. Man werde nicht gefragt, ob man damit einverstanden sei.⁸⁸

In der Bau- und Nutzungsordnungsrevision sieht Pro Spreitenbach die Möglichkeit, endlich ein wenig mitreden und mitentscheiden zu können, zumindest was die Höhe der geplanten Hochhäuser anbelangt.⁸⁹ Doch genau wie bei den Mitwirkungsverfahren ist die durchschnittliche Beteiligung an den Gemeindeversammlungen gering: «Und dann haben wir von 12 000 Einwohnern 4500 Stimmberechtigte. Zur Gemeindeversammlung kommen, wenn es schlecht geht, 80, wenn es ganz verrückt mega gut läuft, 120 bis 130 in einer Turnhalle. Und 130 Nasen stimmen darüber ab, womit 15 000 Einwohner, die wir dann irgendwann haben werden, am Schluss leben müssen. Dann verstehe ich nicht, wieso die Leute nicht an die Gemeindeversammlungen gehen oder zumindest mitstimmen.»⁹⁰

Um möglichst vielen in der Bevölkerung die Wichtigkeit dieser Bau- und Nutzungsordnung zu verdeutlichen und zur Teilnahme an der Versammlung motivieren zu können, hat Pro Spreitenbach eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Sie soll sich mit dem genauen Inhalt des neuen BNO-Entwurfs auseinandersetzen und aufzeigen, was die revidierten Gesetzestexte und Berechnungstabellen konkret bedeuten, damit an der Abstimmung allenfalls Änderungen vorgeschlagen werden können.⁹¹

Die beiden untersuchten Akteure hatten unterschiedliche Vorstellungen davon, was Partizipation in einem Planungsprozess bezwecken sollte, und die misslungene Umsetzung der Mitwirkungsverfahren verstärkte diese Diskrepanz noch zusätzlich. Denn es bestand zwar mit dem Verfahren eine Plattform für eine Aushandlung, aber aufgrund der unterschiedlichen Erwartungen kam kein Konsens zustande. Pro Spreitenbach möchte die Möglichkeit haben, über etwas mitzuentcheiden, was die Zukunft massgeblich beeinflusst, und thematisiert nun die Partizipation in der Gemeindeversammlung. Dort wird sich voraussichtlich in diesem Jahr entscheiden, ob noch ein Konsens gefunden werden kann oder nicht.

88 Vgl. Pro Spreitenbach (wie Anm. 53), S. 49 f.

89 Vgl. ebd.

90 Ebd., S. 53 f.

91 Vgl. ebd., S. 53.

Falls nicht, ermöglicht gemäss Loepfe und Eisinger die Dissonanz zumindest ein kreatives Potenzial, was vielleicht gar nicht so schlecht wäre, um einen neuen Weg zum Konsens zu finden. Aus meiner Sicht wäre ohnehin der Blick auf die restlichen 99 Prozent der Bevölkerung Spreitenbachs, die nicht an den Gemeindeversammlungen oder Mitwirkungsverfahren teilnehmen, noch interessant. Denn es stellt sich die Frage nach der Berechtigung, aus den aktiv geäusserten Meinungen, Abstimmungen und Eingaben bei Mitwirkungsverfahren einen Konsens der gesamten Spreitenbacher Bevölkerung abzuleiten.